AUS DEM GROSSEN RAT

Zehn Prozent «Giftcamions»

Die Ablehnung der Preiserhöhung der Autobahnvignette hat für den Kanton Kosten von jährlich zehn Millionen zur Folge.
Am Simplonpass wurde in den letzten Jahren viel in die Sicherheit investiert. Transporte mit Gefahrengut machen zehn Prozent aus. Es gibt klare Vorschriften. Auch die Unternehmen sind in der Pflicht. Gefahrengutransporte sind sehr sicher. Die Regierung verfolgt laut Staatsrat Jacques Melly die Thematik aufmerksam.

Spital-Studie kommt

Die Spital-Studie kommt auch für das Oberwallis. Eine erste Studie ist bereits im Gang, wie die Regierung als Antwort auf ein CSPO-Postulat erklärt. Bei der Analyse müssen sowohl medizinische Aspekte (Pflegequalität, Patientensicherheit) als auch organisatorische und wirtschaftliche Faktoren sowie die künftige Nutzung der existierenden Gebäude berücksichtigt werden. Erst danach können die im Postulat verlangten detaillierten Studien zur medizinischen und architektonischen Organisation an die Hand genommen werden. Die Regierung soll mit der Limacher-Studie abklären, wo das künftige Oberwalliser Spital stehen oder gebaut werden soll.

Signalisation am Simplon

In zwei Postulaten beschäftigt sich CVPO-Grossrat Andreas Zenklusen mit den Strassensignalisationen auf der Kantonsstrasse Visp–Siders und am Simplonpass. Er fordert eine Überprüfung der Signalisation in den Wintermonaten auf der Strecke Visp–Siders und die Beibehaltung der Überholmöglichkeiten während des ganzen Jahres zu prüfen. Auf der Simplonpassstrasse wurden bestehende und bewährte Überholmöglichkeiten aufgehoben und die Signalisation mit einer durchgehenden Sicherheitslinie ersetzt und unnötige Geschwindigkeitsbeschränkungen getroffen. Zenklusen will auch am Simplon eine Überprüfung der Signalisation durch die zuständigen Stellen des ASTRA mit dem klaren Antrag zur Herstellung des alten Zustands. Das Postulat zur Strasse Visp–Siders wird mit 67 Nein gegen 46 Ja abgelehnt. Das Postulat zur Simplonpassstrasse wird mit 67 Ja gegen 45 Nein und einer Enthaltung angenommen.

Unbestritten

Die Gesetzesänderungen über die Kantonspolizei (in einer einzigen Lesung) und das Jugendgesetz werden in der ersten Lesung angenommen. Der Nachtragskredit der Dienststelle für die Jugend von 1,25 Millionen Franken wird in der Lesung bestätigt. **hbi**

Grosser Rat | Das Budget 2014 ist unter Dach. In zwei Departementen wirds eng

«Der Spielraum fehlt…»

SITTEN | Das Budget 2014 wird mit 90 Ja- und 28 Nein-Stimmen angenommen. Die Linksallianz und Teile der SVP lehnen das Budget ab.

Sparkurs. Finanzminister Maurice Tornay (links, gratuliert dem neuen Ersatz-Kantonsrichter Thierry Schnyder) und die Regierung müssen kräftig sparen. FOTO WB

Für Esther Waeber-Kalbermatten und Oskar Freysinger gehts jetzt ans Sparen. Freysinger muss gegenüber dem Budgetvorschlag der Regierung nochmals rund zehn Millionen Franken einsparen. Waeber-Kalbermatten gerät vor allem durch die Nicht-Inkraftsetzung des Gesetzes über die Langzeitpflege unter Druck. Gleich mehrere Fraktionen verlangen, dass das Budget der Dienststelle für Gesundheitswesen um acht Millionen Franken zusätzlich belastet wird. Der Betrag muss andernorts im Departement eingespart werden.

Subvention der KK-Prämien erneut reduzieren?

Esther Waeber-Kalbermatten wiederholt die Schwierigkeiten der Budgetierung. Bei der Subvention der Krankenkassenprämien spart man bereits zehn Millionen Franken, um das Budget zu konstruieren. «Mir fehlt der Spielraum. In den Altersheimen oder bei der Spitex geht es nicht. Dann muss man halt nochmals bei den Krankenkassenprämien sparen. Damit werden nochmals einige Tausend keine Subventionen mehr erhalten.» Chancenlos ist ein Antrag von Gilbert Truffer (Linksallianz) für einen Betriebsbeitrag von 200 000 Franken für den Ambulanzdienst Vispertal-Grächen. Auch Doris Schmidhalter-Näfen (Linksallianz) ist mir ihrem Antrag, die Subventionen für die Krankenkassenprämien nicht zu streichen, ohne Erfolg. Im Kanton Wallis beziehen weniger als 30 Prozent Krankenkassensubventionen. Das ist unter dem Schweizer Schnitt. Esther Waeber-Kalbermatten will hier für die Zukunft Vorschläge ausarbeiten. Nicht sparen will das Parlament im Asylwesen, ein SVPU-Antrag wird abgelehnt. Ebenso im Sozialwesen, wo die SVPO zusätzliche zwei Millionen sparen will.

Weniger sparen beim Schutzwald

Im Departement für Verkehr, Bau und Umwelt werden fast alle Änderungsanträge abgelehnt. Die bürgerlichen Oberwalliser Fraktionen CSPO, CVPO und SVPO wollen weniger sparen beim Winterdienst oder dem Unterhalt der Wildbäche und mehr Geld für prioritäre Massnahmen der 3. Rhonekorrektion, insbesondere in der Visper Industriezone oder in die Wanderwege. Unterstützung gibt es immerhin bei der Pflege der Schutzwälder. Statt drei sollen nun laut einem Vorschlag der FIKO nur zwei Millionen Franken gespart werden. «Ausgeführt werden soll, was dringlich ist. Wo dies geschehen kann, ist die Aufgabe des Staatsrates», fordert FIKO-Präsident Schwestermann.

Pauschalsteuern werden nicht erhöht

Im Departement von Finanzminister Maurice Tornay ändert sich nichts. Die Begehren der Linksallianz, die WKB-Dividende um zwei Millionen Franken zu erhöhen und den Eigenmietwert zur Berechnung der Pauschalsteuern zu verdoppeln, werden abgelehnt. Das würde 20 Millionen Franken bringen. Ebenso die Einstellung von fünf neuen Steuereinschätzern. Das würde laut der Linksallianz Mehreinnahmen von drei Millionen Franken bringen. Die FIKO lehnt das Anliegen ab, weil ja nicht jeder Walliser Steuerzahler ein potenzieller Steuerhinterzieher ist. Laut Maurice Tornay hat man bereits in den letzten Jahren die Kontrollen intensiviert. Die FDP/Liberalen versuchen vergeblich eine Million Franken für Steuernachforderungen und Bussen zu budgetieren. Dabei geht es um den Weinhändler Giroud. Nicht erfolgreicher war die SVP. Das Budget für das Sekretariat Gleichstellung wird nicht auf einen Franken gesetzt. Und auch die Dienststelle für Informatik muss nicht zwei Millionen Franken einsparen, allerdings hauchdünn. FIKO-Präsident Alex Schwestermann zeigte sich zufrieden. Bis Ende Januar muss der Staatsrat der FIKO die Sparideen präsentieren. Wie exakt die Budgetierung wirklich war, wird man frühestens im Juni 2015 wissen… **hbi**

Langzeitpflege | Das Parlament erklärt das Referendum für gültig

Das Volk darf abstimmen

SITTEN | Das Hickhack um die Pflegesteuer ist vorbei. Das Parlament hat das Referendum gestern für gültig erklärt. Eine Spitzkehre macht die Justizkommission.

Meinungswechsel. JUKO-Präsident Serge Métrailler (rechts) machte mit der Kommission eine Spitzkehre. FOTO WB

Die Justizkommission, die sich im Vorfeld der Session noch knapp gegen eine Gültigkeitserklärung des Referendums stellte, schlägt nun vor, dass man den Volkswillen akzeptiert, will aber beide Gesetze zur Abstimmung bringen. Das Gesetz über die Langzeitpflege soll also gleichzeitig mit der Änderung des Gesetzes über die Harmonisierung der Sozialsysteme sowie über die Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung zur Abstimmung kommen. Die FDP/Liberalen wollen nur über das Gesetz zur Langzeitpflege abstimmen.

Kleiner Fehler, grosse Auswirkungen

Für Alwin Steiner (CVPO) zeigt sich einmal mehr, dass ein kleiner Fehler grosse Auswirkungen haben kann: «Was ist aber höher zu gewichten? Das Recht oder die Politik? Es war doch allen klar, dass nur gegen beide Gesetze das Referendum hätte ergriffen werden können. Der Regierung und dem ersten Antrag der Justizkommission wäre also zu folgen. Das Referendum wäre für ungültig zu erklären. So könnte das Komitee dies vor dem Bundesgericht abklären lassen.» Auch für Steiner ist jedoch klar, dass man sich dem Volk stellen muss. Man schliesst sich deshalb der JUKO an, auch wenn diese jetzt eine Spitzkehre gemacht hat. Er regt an, dass man sich in der Verwaltung wohl doch Überlegungen machen muss, mehr Mittel für die Übersetzung aufzuwenden. Auch die CVP Mittelwallis lenkt ein und unterstützt den Vorschlag der Justizkommission.

Philipp Schnyder (CSPO) wiederholt, dass man für die Gültigkeit des Referendums ist. Aber er will das Volk nur über ein Gesetz abstimmen lassen. Auch er bekräftigt eine alte CSPO-Forderung: «Ein fataler Übersetzungsfehler hat wesentlich zu diesem teuren Schauspiel beigetragen.» Auch die SVPU will nur über die Langzeitpflege abstimmen lassen. German Eyer (Linksallianz) ist ebenfalls für eine Abstimmung über nur ein Gesetz. Kommissionspräsident Serge Métrailler (CVPM) erklärt die Kehrtwende der Justizkommission. Für ihn ist aber klar, dass man über beide Gesetze abstimmen sollte, weil beide Gesetze miteinander verknüpft sind.

Klare Mehrheit für die Gültigkeit

Esther Waeber-Kalbermatten bestätigt, dass das Gesetz 2014 nicht in Kraft treten kann. Das Gesetz sieht vor, dass sich Gemeinden (mit 18 Franken pro Bewohner und Tag) und die Bewohner an den Kosten in den Altersheimen beteiligen müssen. Die Gemeinden haben die höheren Kosten bereits budgetiert. «Sicher ist, dass es eine Abstimmung geben wird und wir im März 2014 ein dringliches Dekret behandeln müssen», merkte die Staatsrätin an. Mit 75 Ja und 28 Nein sowie 20 Enthaltungen wurde das Referendum für gültig erklärt. Abstimmen darf das Walliser Stimmvolk aber nur über das Gesetz über die Langzeitpflege.

Zum Schluss gibts noch einen Rüffel für den Staatsrat. «Zwei Jahre sind zu lang für ein solches Verfahren. Man muss schneller entscheiden», tadelt JUKO-Präsident Métrailler. Das Referendumskomitee zeigt sich in einer Mitteilung sehr erfreut über den Entscheid des Parlamentes. **hbi**

Kein Bekenntnis zum Goms

Die CSPO und die CVPO fordern in einer dringlichen Interpellation eine klare Stellungnahme bezüglich eine Kandidatur für das nationale Schneesportzentrum. «Das Wallis muss sich geschlossen für das bessere von zwei Walliser Projekten in Bern einsetzen. Das ist die Gommer Kandidatur», meint Diego Clausen. Auch Francesco Walter unterstreicht die Vorzüge der Gommer Kandidatur. Freysinger reagiert genervt: «Ich kann doch hier jetzt nicht erklären, Fiesch ist «das Gelbe vom Ei». Beide Kandidaturen haben ihre Berechtigung.»

20 Vorstösse zum Militär

Fast zwei Dutzend Vorstösse befassten sich mit dem Rückzug der Armee aus dem Wallis. Die Emotionen gehen insbesondere was die Zukunft des Flugplatzes Sitten anbetrifft, hoch. 54 Abgeordnete haben sich einzeln oder in Gruppen in dringlichen Interventionen geäussert. Es gibt aber auch Stimmen, welche den Entscheid des VBS begrüssen. Die Mehrheit der Bevölkerung im Mittelwallis will keine Kampfjets. Staatsrat Oskar Freysinger betont, dass man erst am Anfang des Prozesses stehe. Die endgültige Entscheidung fällt erst im Mai 2014. Man versucht gewisse Optionen abzuwenden. «Verhandlungen mit dem VBS laufen. Da geht es um Militär und Sport. Die Postulate sind für uns Auftrag, die Interessen des Kantons zu schützen und alles zu tun, um die Arbeitsplätze zu erhalten.» Präzise Antworten gibt Freysinger keine. Eine Taskforce, wie sie die SVPU in einem Postulat fordert, findet er nicht sinnvoll. Das Postulat wird abgelehnt.

Walliser Jugendsession

Das Parlament nimmt ein dringliches Postulat zur Durchführung betreffend Walliser Jugendsession an. Jugendliche, die teilnehmen möchten, bekommen einen freien Tag. Insgesamt nahmen 130 aus dem ganzen Wallis teil. Die Transportkosten von 3000 Franken werden vom Kanton nicht übernommen.

FATCA-Referendum

Das Parlament stimmt einer dringlichen Interpellation von Franz Ruppen (SVPO) mit 103 Ja gegen 16 Nein zu. Er fordert darin ein Standesreferendum gegen das FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den USA und das FATCA-Gesetz. Die Referendumsfrist läuft am 16. Januar 2014 ab. Mit der dringlichen Resolution soll der Staatsrat im Namen des Kantons bei der Schweizerischen Bundeskanzlei das Standesreferendum einreichen. Völkerrechtliche Verträge, die rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordern, müssen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Dazu braucht es 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses. **hbi**